

**Nr.** XIX. GP.-NR  
221/A (E)  
**Präs.** 04. April 1995

## Entschließungsantrag

**des Abgeordneten Helmut Peter, Thomas Barmüller, Partnerinnen und Partner  
betreffend Novellierung des Kreditwesengesetzes**

Seit dem Konkurs der Grazer BHI-Bank werden in der Öffentlichkeit die Fragen nach der Sicherheit der Spareinlagen bei österreichischen Geldinstituten bzw. nach dem Funktionieren der Bankaufsicht heftig diskutiert. Denn eines steht außer Zweifel: Bankenpleiten (es handelt sich immerhin um die größte in Österreich seit dem 2. Weltkrieg) haben über das Faktum des Vorliegens von Managementfehlern hinaus eine weit stärkere volkswirtschaftliche Signalwirkung als dies in anderen Branchen der Fall ist. Auch wenn es sich "nur" um eine eher kleine Bank handelt, sind immerhin über 10.000 Sparer von dem Konkurs direkt betroffen.

Es ist rechtlich gedeckt, daß die Geschädigten keinen Anspruch auf Staatshilfe haben; es greift vielmehr ein von den Geldinstituten in Eigenregie aufgebrachtes Einlagensicherungssystem. Bei kleineren Insolvenzen wie bei der Abdeckung des BHI-Konkurses wird der besicherte Teil des Schadens sektoral (hier Bankenverband) getragen, bei größeren würden alle Sektoren gemeinsam einspringen. Im konkreten Fall trifft die Haftung (in der Höhe ihrer sicherungspflichtigen Einlagen) in erster Linie PSK, BAWAG und CA.

Die Abdeckung des Verlustes ist aber in zweierlei Hinsicht beschränkt: Einerseits wird dem Sparer nur ein Schaden bis zur Höhe von 200.000 Schilling ersetzt. Darüber hinaus bestehende Forderungen der Anleger können nur über die Anmeldung im Konkursverfahren geltend gemacht werden. Andererseits sind juristische Personen, und seien es noch so kleine GesmbHs, vom Kreis der Anspruchsberechtigten aus der Einlagensicherung ausgeschlossen.

Beides erscheint insbesondere im Hinblick auf die Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union wirtschaftspolitisch bedenklich. Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher im Hinblick auf eine Harmonisierung der Rechtslage in Österreich mit jener in der EU folgenden

## **Entschließungsantrag:**

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten, wird ersucht, dem Nationalrat umgehend eine Novelle zum Kreditwesengesetz vorzulegen, um die in Aussicht genommene Erhöhung des Mindest-Haftungsrahmens von 200.000 auf 260.000 bis 270.000 Schilling (20.000 ECU) für Spareinlagen auch in Österreich einzuführen, und um weiters den Kreis der Anspruchsberechtigten aus der Einlagensicherung auf juristische Personen auszuweiten."

In formeller Hinsicht wird beantragt, diesen Antrag dem Finanzausschuß zuzuweisen.